

## **Wahlprüfsteine der DGSP zur Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 (Stand 29. April 2019)**

Die DGSP hatte an alle politischen Parteien Wahlprüfsteine zur Wahl zum Europäischen Parlament versandt. Die Wahlprüfsteine orientieren sich an der "Europäischen Säule sozialer Rechte in 20 Grundsätzen", auf die sich das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission 2017 als gemeinsamen Kompass für zukünftige Reformen geeinigt haben. Die neun Wahlprüfsteine zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Menschen mit psychischen Leiden und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) beantworteten nur vier der politischen Parteien, die sich in Deutschland zu Wahl stellen.

Die CDU/CSU verweist in ihrer Antwort vor allem auf ihre gesundheitspolitische Bilanz der bundesdeutschen Regierungsjahre. Die Antworten beziehen sich kaum auf europapolitische Fragen.

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen betont die Bedeutung der Umsetzung aller Vorgaben der UN-BRK in allen EU-Mitgliedsstaaten. Dafür wollen sie sich mit Nachdruck im Europäischen Parlament einsetzen. Zudem unterstützen sie die EU-weite Vernetzung zur Vermeidung von Gewalt in der Psychiatrie und die verbindliche Finanzierung sozial- und gerontopsychiatrischer Dienste sowie psychosozialer Beratungsstellen.

Die Linke unterstützt ebenfalls die Umsetzung der UN-BRK und fordert die Förderung des Zugangs zur psychiatrischen Versorgung durch einen internationalen Austausch über positive Praxisbeispiele. Die Linke fordert ein Europäisches Gesetz zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act EAA), das keine Einschränkung des Geltungsbereiches enthält, damit Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu Orten, Produkten und Dienstleistungen erhalten wie alle anderen. Die Staaten sollten sich verpflichten, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen sowie ein Recht auf universelle Gesundheitsversorgung. Außerdem fordern sie eine Förderung "unabhängiger Beratung durch Expert\*innen in eigener Sache."

Die Piraten fordern die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Gesundheitssystems, in dem die medizinischen Versorgungsstandards in Deutschland in ganz Europa etabliert werden. Sie unterstützen den Ausbau der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung, eine inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen sowie eine Verbesserung ihrer rechtlichen Situation. Die Piraten kündigen an, ihre digitalen Möglichkeiten zu nutzen, um ihr Selbstverständnis von Recovery und Selbstbestimmung zu verbreiten und setzen sich für ein gemeinsames europäisches Konzept für die Stärkung der gemeindepsychiatrischen Versorgung ein.

Die SPD und die FDP hatten Antworten auf die Wahlprüfsteine angekündigt. Bei der SPD blieb es bis zum 29. April bei einem Verweis auf das gesamte Wahlprogramm. Die FDP hat wie auch die weiteren angeschriebenen Parteien keine Stellungnahme zu den DGSP-Wahlprüfsteinen zurückgemeldet. Dazu gehört auch die Partei AfD, welche die DGSP nach einer längeren internen kontroversen Diskussion angeschrieben hatte.

Eine Synopse mit Kernaussagen der Parteien sowie die vollständigen Antworten finden Sie auf unserer Website.